

Anlage zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages vom 08.10.2019

Es gilt das gesprochene Wort!

Bericht von Landrat Michael Makiolla auf der Sitzung des Kreistages am 08.10.2019 zum Sachstand der Umsetzung des Abschlussberichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ der Bundesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf der Kreistagssitzung am 02.07.2019 hatte ich bereits auf Antrag der SPD-Fraktion im Rahmen meiner Ausführungen zur Ruhrkonferenz der Landesregierung den damaligen Sachstand zur Umsetzung der Empfehlungen der sog. „Kohlekommission“ der Bundesregierung mitgeteilt.

Mittlerweile haben sich die Dinge weiterentwickelt, so dass ich Ihnen folgendes mitteilen kann: Entgegen dem gemeinsamen Wunsch, den die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem Kreis Unna und ich dem Ministerpräsidenten mitgeteilt hatten, hat die Landesregierung offensichtlich endgültig entschieden, den vorgesehenen Ausstieg aus der Steinkohleverstromung nicht zu einem zentralen Thema der Ruhrkonferenz zu machen.

Vermutlich wirkt sich diese Entscheidung auf den Kreis Unna eher positiv aus, weil die Entscheidungsstrukturen der Ruhrkonferenz aus meiner Sicht bis heute immer noch sehr intransparent sind und sich die Ruhrkonferenz der Landesregierung nach wie vor schwerpunktmäßig mit den Belangen der Großstädte des Kernruhrgebiets befasst und den kreisangehörigen Raum weitgehend außen vor lässt.

Obwohl der Ministerpräsident in seinen öffentlichen Verlautbarungen häufig nur vom Braunkohleausstieg spricht, habe ich den Eindruck, dass auch der Steinkohleausstieg und damit die speziellen Interessen des Kreises Unna im NRW-Wirtschaftsministerium ausreichend Beachtung findet.

Mehrere Gespräche, die der Geschäftsführer unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG), Dr. Michael Dannebom und ich in den vergangenen Monaten insbesondere mit Staatssekretär Christoph Dammermann geführt haben, waren aus unserer Sicht durchaus vielversprechend.

Wir wissen, dass wir mit Herrn Dammermann, der bekanntlich im Kreis Unna wohnt, einen Fürsprecher haben.

Mit der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW, Ina Scharrenbach, die in der Landesregierung ebenfalls mit der Begleitung des Kohleausstiegs befasst ist, war leider trotz vieler Bemühungen auf beiden Seiten bisher kein Gesprächstermin möglich.

Er wird aber jetzt wohl am 05. Dezember in Düsseldorf stattfinden.

Auch die Dienstbesprechung, die einige Bürgermeister und ich bereits am 29. Mai in Bergkamen mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Olive Wittke, führen konnten, hat gezeigt, dass die speziellen Belange des Kreises Unna als hauptbetroffener Steinkohlestandort in Deutschland bei der Bundesregierung durchaus Beachtung finden.

Das Bundeskabinett hat am 27.08.2019 den Entwurf für ein „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ verabschiedet.

Dieser Gesetzentwurf wird derzeit parlamentarisch beraten und soll noch im laufenden Jahr verabschiedet werden.

Dieses Gesetz soll die Rechtsgrundlage für die Zahlung von Strukturhilfen des Bundes an die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen sein.

Für die Steinkohleregionen in NRW sollen danach bis 2038 insgesamt 800 Millionen bis 1 Milliarde Euro zur Verfügung stehen.

Wenn dieses Gesetz so verabschiedet werden sollte, wie es der Entwurf der Bundesregierung vorsieht, dann würde es sich nach meiner Erinnerung um das 1. Bundesgesetz überhaupt handeln, in dem der Kreis Unna ausdrücklich erwähnt wird; nämlich nach der Stadt Wilhelmshaven am 2. Stelle der förderfähigen Gemeinden und Gemeindeverbände.

Das ist für uns ein großer politischer Erfolg, und wir sollten alles tun, dass diese exklusive Nennung im parlamentarischen Beratungsprozess nicht wieder verschwindet.

In diesem Zusammenhang gilt mein besonderer Dank den beiden Staatssekretären Wittke und Dammermann, sowie unseren Bundestagsabgeordneten Thews und Kaczmarek für ihre politischen Bemühungen.

Neben der politischen Begleitung des parlamentarischen Beratungsprozesses des Strukturstärkungsgesetzes geht es jetzt darum, die Voraussetzungen für die Vergabe der Strukturhilfemittel zu schaffen.

Der Bund wird damit die Länder beauftragen.

Die NRW-Landesregierung wird vermutlich die Business Metropole Ruhr (BMR), also die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Ruhrgebiets, mit der Aufgabe betrauen, Fördergelder an den Kreis Unna und die anderen betroffenen Städte weiterzuleiten.

Dazu wird die Landesregierung Förderrichtlinien erarbeiten.

Auf Initiative des NRW-Wirtschaftsministeriums wird es dazu gemeinsame Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern der Bezirksregierungen, der Kreise, der Städte und der Wirtschaftsförderer geben.

Unklar ist natürlich noch, wie viel Geld in den Kreis Unna fließen wird, nach welchen Kriterien die Fördermittel verteilt werden und wie hoch die kommunalen Eigenanteile bei einer Projektförderung sein werden.

Der Kreis Unna ist zusammen mit seinen Städten und Gemeinden gut vorbereitet, um diesen anstehenden ökonomischen Strukturwandel erfolgreich gestalten zu können.

Die WFG hatte sogar in Abstimmung mit der Stadt Lünen ein Kaufangebot für das Steag-Kraftwerk in Lünen abgegeben.

Allerdings hat ein privater Investor den Zuschlag erhalten, der dort ein Gewerbe- und Industriegebiet als Nachfolgenutzung entwickeln und vermarkten möchte.

Darüber hinaus hat die WFG bei der Firma agiplan die Erstellung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes für den Kreis Unna in Auftrag gegeben.

Ein solches Konzept werden wir sowohl im Rahmen der Ruhrkonferenz benötigen als auch bei der Vergabe der Strukturhilfen zum Kohleausstieg.

Dieses Konzept soll dem Kreistag im Dezember zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Außerdem habe ich in enger Abstimmung mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern dem Ministerpräsidenten und dem Wirtschaftsminister bereits konkrete vorläufige Projektvorschläge für den Strukturwandel im Kreis Unna unterbreitet, die jetzt auf der Grundlage unseres Regionalen Entwicklungskonzeptes überarbeitet und nachgeschärft werden sollen.

Ich halte die Vorschläge der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ für einen richtigen Weg, um einen spürbaren Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel zu leisten. Sie müssen jetzt konsequent umgesetzt werden.

Es geht jetzt darum, qualifizierte neue Arbeitsplätze zu schaffen, die an die Stelle der wegfallenden Arbeitsplätze in der Kohlebranche treten sollen.

Außerdem wollen wir Impulse geben, um die Wirtschaftsstruktur und die Mobilität im Kreisgebiet klimaneutraler und nachhaltiger zu gestalten.

Ich möchte, dass Menschen und Unternehmen im Kreis Unna in einigen Jahren weitgehend klimaneutral wirtschaften und sich so weit es geht klimaneutral fortbewegen.

Dabei wollen wir Vorbild sein!

Das zu organisieren, wird die wichtigste politische Aufgabe der kommenden Jahre sein, wenn wir den Kreistagsbeschluss vom 02.07.2019 ernstnehmen wollen, den Klimanotstand auszurufen.